



INFO - POST

Folge: 01/25



OSTERSONNTAG:

Osternestsuche für Kinder
heuer wieder am Marktplatz
um 10.30 h



Frohe Ostern wünscht das Team der SPÖ Lasberg

DER ROTE TERMINKALENDER 2024

20. LASBERGER WEINMEILE

Im Anbau der Kernlandhalle
am Sa., 13. September ab 18.00 Uhr



Für die musikalische Umrahmung
sorgen auch heuer wieder die „BURNS“

1.-Mai-FEIER

Heuer in Rainbach

mit Umzug, Festreden, Musik, Speisen und Getränken



AUS DEM WEITEREN INHALT:

<i>Der Ortsparteivorsitzende und die Fraktionsobfrau</i>	S. 2
<i>Eder Martin: Gut Ding braucht Weile, manchmal auch zu viel ...</i>	
<i>Hermann Leitner: Tempo 30 im Ortsgebiet</i>	S. 3
<i>Renate Jancuch: Ich stelle mich vor</i>	S. 4
<i>Der Pensionistenverband</i>	S. 5
<i>Rote Highlights.</i>	
<i>So bringen wir Österreich wieder auf Kurs</i>	S. 6
<i>Die SPÖ in der Regierung : das Team</i>	S. 7
<i>Gemeinden in finanzieller Not: Land muss endlich handeln!</i>	S. 8

11. Mai: MUTTERTAG

Wir freuen uns, heuer wieder alle Mütter am Marktplatz ab 10.30 Uhr zu einem kleinen Sektempfang und zu einer Mehlspeise einladen zu dürfen.

Selbstverständlich sind auch alle anderen Lasbergerinnen und Lasberger hierzu herzlich willkommen!





Liebe Lasbergerinnen, liebe Lasberger!

Die OÖ. Gemeinden haben im Österreich-Vergleich die höchsten Zahlungen an das Land zu leisten. Die Gründe liegen an den überdurchschnittlich hohen Transferleistungen für Krankenhausanstalten, Sozialhilfebeitrag (Kosten für Altenheim, Kurzzeitpflege und

mobile Pflege) und die Landesumlage, die an das Land von den Gemeinden abgeführt werden müssen.

Laut Statistik Austria leisten die Gemeinden in OÖ. allein für die Spitäler **553 Millionen** an Zahlungen pro Jahr an das Land. Im Vergleich dazu bezahlen die Gemeinden in der Steiermark nur **31 Millionen** an das Land.

In Oberösterreich könnte die schwarz-blaue Landesregierung ganz einfach im Landtag die Einzahlungen für die Krankenhäuser zwischen den Gemeinden und Land OÖ fair aufteilen. Doch sie tun nichts – möglicherweise, weil das Land gut damit fährt, wenn die Gemeinden - und damit jeder und jede Oberösterreicher:in - mehr einzahlen müssen, als in anderen Bundesländern. Eine dringende Forderung der SPÖ ist die Abschaffung der Landesumlage und eine faire Verteilung der Krankenanstalt- und SHV-Umlagen von Gemeinden und Land.

Derzeit befinden sich im Bezirk Freistadt wie Lasberg, 19 von 27 Gemeinden im sogenannten Härteausgleich, in den restlichen Gemeinden werden die letzten Reserven aufgebraucht. Die damit verbundenen Einsparungen betreffen die gesamte Bevölkerung. Die Gemeinden fahren nur Minimalprogramme, investieren nur das Nötigste, geplante Projekte wie der Schulausbau in Lasberg werden zurückgestellt, Kürzungen bei Vereinsförderungen sind an der Tagesordnung usw.

Die Gemeindeautonomie wird zunehmend ausgeschaltet, da die erhaltenen Mittel vom Land sowieso zweckgebunden sind und nicht flexibel eingesetzt werden können.

Forderungen des GVV OÖ:

- Landesumlage aussetzen und langfristig abschaffen
- Krankenanstaltsbeitrag von Gemeinden reduzieren
- Pflegesystem in der Finanzierung und Organisation reformieren

Uns stehen herausfordernde Zeiten bevor, ziehen wir an einem gemeinsamen Strang. Nur so können wir mit Zuversicht in die Zukunft schauen.

In diesem Sinne wünsche ich allen ein Frohes Osterfest im Kreise eurer Familien!

Regina Rossbacher



Nach den längsten Verhandlungen in der zweiten Republik ist es nun endlich vollbracht und wir haben eine Bundesregierung. Was mich besonders freut ist, dass die SPÖ jetzt wieder das macht, was sie am besten kann, nämlich Verantwortung für die Menschen zu übernehmen!

Erinnern wir uns zurück:

Bis vor dem Wahltag haben uns Finanzminister Brunner und Bundeskanzler Nehammer eingeredet, mit den Staatsfinanzen sei alles eitel Wonne und wir brauchen uns keine Sorgen machen. Nach den Wahlen ist Herr Brunner dann draufgekommen, dass er sich um ein paar läppische Milliarden verrechnete und verabschiedete sich nach Brüssel.

Unter diesen Voraussetzungen starteten die Verhandlungen zwischen der ÖVP, der SPÖ und den Neos, in deren Verlauf ein Teil der ÖVP – entgegen stetigen Beteuerungen- bereits mit der FPÖ liebäugelte. Schließlich wurden die Verhandlungen zuerst von den Neos und folglich auch von der ÖVP (nicht von SPÖ, diese hielt die Hand stets für weitere Verhandlungen ausgestreckt!) abgebrochen.

Nach einer Personalrochade und einem Ausflug der ÖVP in die Gedankenwelt des Herrn Kickl dürfte es den schwarz/türkisen Verhandlern wohl zu schauern begonnen haben und kamen –spät aber doch– zur Einsicht, dass mit der Kickl-FPÖ kein Staat zu machen ist, worauf sie an den Verhandlungstisch mit der SPÖ zurückkehrten. Nachdem auch die Neos ihr Schmollwinklerl wieder verließen, konnten die Verhandlungen zwischen allen Dreien wieder fortgesetzt und abgeschlossen werden.

Wir alle wissen, dass aufgrund der Budgetlage schmerzhaft Einschnitte notwendig sind, dank der Regierungsbeteiligung der SPÖ konnten jedoch den Sparmaßnahmen die ärgsten Giftzähne gezogen werden, dazu aber noch später.

Vorerst bin ich ganz froh, dass wir heuer wahrscheinlich keine Wahlen schlagen müssen, möchte mit allen meine Freude über den Einzug des Frühlings nach Lasberg teilen und wünsche allen ein schönes Osterfest, und würde mich freuen, wenn wir uns bei dem einen oder anderen Anlass sehen.

Hermann Leitner

Gut Ding braucht Weile, manchmal auch zu viel ...

Im Juni 2023 wurde auf Antrag der SPÖ-Lasberg (nach vorangegangener Beratung im Umweltausschuss) in der Gemeinderatssitzung einstimmig beschlossen, dass Hundekotstationen aufgestellt werden. Was in anderen Gemeinden Usus ist, sollte auch in Lasberg kein Problem sein. Vor allem deshalb, weil immer wieder Exkremamente in der Landschaft, auf den Wiesen und den Wegen zu finden sind.

In der Gemeinderatssitzung am 14. September 2023 wurde einstimmig beschlossen, dass zu den bereits 2 bestehenden Stationen (je eine im Feistritzpark und in der Siedlung Manzenreith) weitere Stationen beim Verbindungsweg in Edlau, im Sportzentrum und eine weitere im Feistritzpark montiert werden. In der Gemeinderatssitzung am 14. Dezember 2023 wird beschlossen, dass auch noch 2 weitere Stationen bei der Kreuzung Kapelle Steinecker und beim Verbindungsweg Kreisverkehr zum Dorf Edlau errichtet werden.

In der Gemeinderatssitzung am 6. Mai 2024 (nach 8 Monaten) wurde seitens SPÖ-Lasberg nachgefragt, wann die bis dato nicht erfolgte Montage

stattfinden wird. Der Vorsitzende teilte mit, dass die Stationen bestellt sind und ehestmöglich wie vereinbart aufgestellt werden. Viele weitere Nachfragen sind unsererseits bis zum Redaktionsschluss erfolgt, wobei die letzte Auskunft der Gemeinde lautet, dass die „meisten“ bereits stehen und die restlichen demnächst montiert werden, wobei die 2 Stationen beim Kreisverkehr Edlau und Kapelle Steinecker nicht mehr erwähnt werden.

Resümee: In nun bald 2 Jahren ist es nicht gelungen zu den 2 bestehenden Hundekotstationen die vereinbarten 5 Stationen rund um den Markt Lasberg zu montieren. Die Gründe dafür sind uns nicht bekannt, die Verwunderung groß.

Die SPÖ-Lasberg appelliert an alle Hundebesitzer, die (hoffentlich bald vorhandenen) Stationen entsprechen zu nutzen. Sollte es weitere Wünsche für Standorte geben, bitten wir darum, diese beim Gemeindeamt anzuregen.



Martin Eder

Tempo 30 im Lasberger Ortsgebiet

Im Juli 2024 wurde es den Gemeinden im Rahmen der 35. StVO-Novelle erleichtert, Tempo-30-Zonen in Bereichen mit besonderem Schutzbefürdnis (z. B. Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen, Freizeiteinrichtungen, etc.) einzurichten. Die Vorteile von Tempo 30 liegen auf der Hand:

- Wird das Tempo von 50 auf 30 reduziert, senkt dies die Lärmbelastigung. Neben einer Reduktion von bis zu 8 Dezibel (dies bedeutet eine wahrgenommene Reduktion von bis zu 75%) kommt es auch zu einer markanten Reduktion von Brems- und Beschleunigungsvorgängen.
- Tempo 30 senkt die Zahl der Unfälle mit Personenschaden, was vor allem Kindern und älteren Menschen zu Gute kommt, und Zusammenstößen von Fahrzeugen.
- Fehlleistungen im Straßenverkehr haben bei Tempo 30 wesentlich leichtere Folgen. Der Anhalteweg beträgt bei Tempo 30 zwölf Meter, ein Auto, das mit Tempo 50 fährt, hat nach 12 Metern noch die volle Geschwindigkeit und steht erst nach 26 Metern.

Wird ein Fußgänger mit 50 km/h angefahren, liegt die Wahrscheinlichkeit, dass er tödlich oder schwer verletzt wird, bei 80 Prozent, bei einer Aufprallgeschwindigkeit von 30 km/h sinkt dieses Risiko auf 40%.



- Tempo 30 führt auch sonst zu mehr Lebensqualität und haben Untersuchungen gezeigt, dass die Bereitschaft der Menschen, Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen in Tempo-30-Zonen steigt.

- Tempo 30 führt grundsätzlich auch zu einer Verbesserung der Luftqualität. Insbesondere wird weniger gebremst und beschleunigt und kommt es bei Tempo 30 zu weniger Aufwirbelung von (Fein-)Staubpartikeln als bei Tempo 50.

Als Nachteil von Tempo 30 wird regelmäßig der Umstand angeführt, dass sich hierdurch der Verkehrsfluss verschlechtert und sich die Durchfahrtszeit durch ein bestimmtes Gebiet erhöht.

Auch in Lasberg wird das Thema „Tempo-30-Zonen“ kontrovers diskutiert. Von den Gegnern wird insbesondere das Argument der Erhöhung der Durchfahrtszeit angeführt.

Wie haben uns einmal angesehen, wie sich Tempo 30 in Lasberg wirklich auswirken würde und haben die Zeitdifferenz zwischen Tempo 50 und Tempo 30 auf verschiedenen Strecken gemessen und sind zu folgendem Ergebnis gekommen:

- **Beginn Ortsgebiet Mittelweg - Marktplatz:**
50 km/h: 1,36 min, 30 km/h: 2,03 min

- **Beginn Ortsgebiet nach Kreisverkehr – Marktpl.:**
50 km/h: 54 s, 30 km/h: 1,13 min

- **Beginn Ortsgebiet Edlau – Kreisverkehr:**
50 km/h: 32 s, 30 km/h: 34 s

- **Beginn Ortseinfahrt Steinböckhof/Lindenfeld bis Beginn Umfahrung:**
50 km/h: 43 s, 30 km/h: 50 s.

Unserer Ansicht nach stellte sich beim Feldversuch heraus, dass die Zeitersparnis bei Tempo 50 sehr überschaubar, um nicht zu sagen vernachlässigbar ist. Wir stellten auch fest, dass man gar nicht überall 50 km/h fahren kann, was zu etlichen Brems- und Beschleunigungsvorgängen führte, welche bei Tempo 30 ausblieben.

Zusammenfassend kommen wir zum Ergebnis, dass auch in Lasberg Tempo 30 jedenfalls zu weit aus mehr Vorteilen in Bezug auf Lebensqualität und Verkehrssicherheit führen würde und sich die Nachteile als vernachlässigbar gering darstellen würden, weshalb wir die Einführung von flächendeckend Tempo 30 –ausgenommen natürlich die Umfahrungsstraße– befürworten (übrigens: in Bereichen des Kopenberges, der Hagelgasse, aber auch in Elz gibt es bereits Tempo 30 und besteht bei den Anrainern sichtlich hohe Akzeptanz).

Es hat sich jedenfalls gezeigt, dass niemand durch Tempo 30 unverhältnismäßig viel Zeit verliert, es bewegt sich alles im Sekundenbereich und für die Fahrt von einem zum anderen Ortsende bzw. an Lasberg vorbei haben wir ohnehin die Umfahrung.

Durch Tempo 30 könnten auch verkehrsberuhigende Maßnahmen im Bereich der Oswalderstraße (diese ist keine Durchfahrtsstraße mehr und ist jetzt eine Gemeindestraße), insbesondere dem Bereich, Bezirksseniorenheim, Volksschule, Kindergarten vorgenommen werden, welche gerade auch im Bereich Bezirksseniorenheim und Ordination Gemeindefarzt zur Schaffung zusätzlicher Parkplätze führen könnte.

Hermann Leitner

Renate Jancuch: Ich stelle mich vor



Mein Name ist Renate Jancuch, geb. Koplinger, und wohne in Paben 8.

Ich bin 48 Jahre alt, verheiratet mit Michal und habe drei Kinder mit 19, 16 und 11 Jahren. Ich führe unseren kleinen landwirtschaftlichen Biobetrieb mit 10 Mutterkü-

hen und Direktvermarktung. Nebenbei biete ich "Schule am Bauernhof" für Volksschulklassen an. Ich strebe mittlerweile eine soziale berufliche Tätigkeit neben der Landwirtschaft an.

Ich bin seit März 2023 Mitglied bei der SPÖ und Mitglied in der Ortsgruppe Lasberg. Ich war davor eher unpolitisch, habe aber immer mehr gemerkt, dass mich die kalte Wirtschaftspolitik der damali-

gen Regierung und das Stärkerwerden der Rechtspopulisten schwer belastet. Ich beschäftigte mich mit der SPÖ und ihren einzigartigen Werten der Gleichheit, Freiheit und Solidarität. Sie sind seit über 100 Jahren gültig.

Ich bekam den Blick für soziale Gerechtigkeit, Rechte für alle ArbeitnehmerInnen, Frauen, Kinder, PensionistInnen, kleine Wirtschaftstragende, Flüchtlinge... Fortschritte in allen Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Arbeit gab es eigentlich immer nur mit der SPÖ.

Mit Andi Babler, einem echten Sozialdemokraten, kam für mich die Begeisterung, die SPÖ zu erneuern und Österreich mit der SPÖ wieder zu einem sozialeren, menschlicheren und fortschrittlicheren Ort zu mitgestalten., um uns BürgerInnen wieder zusammenwachsen zu lassen; und für unsere Kinder und nächsten Generationen eine gute und halbwegs sorgenfreie Zukunft in den vielen Krisen zu erkämpfen.

In diesem Sinne Freundschaft und Glück auf!

Renate Jancuch

Der Pensionistenverband

Liebe Lasbergerinnen und Laberger, wir vom Pensionistenverband waren wieder überaus aktiv. Hier einige Höhepunkte von dem, was sich bei uns so alles tat:

Am 21.11.2024 feierten wir im Cafe Grebsal unsere runden Geburtstage.



Am 20.11.2024 besichtigten wir auf Einladung des Pensionistenverbandes des Bezirkes Freistadt das neu renovierte Parlament.



Am 21.11.2024 fand zum letzten Mal der Pensionistenstammtisch im GH Ott statt.



Bauer Erwin verabschiedet und bedankt sich bei der Wirtin Anita Ott für die langjährige Bewirtung

Die monatlichen Stammtische 2025 finden ab jetzt jeweils am Montag nach dem 15. des Monats im Gasthaus Hofer, 15.00 Uhr statt!

Am 15.12. 2024 fand im GH Stadler unsere alljährliche Weihnachtsfeier und die Ehrung langjähriger Mitglieder statt.



Zum sportlichen Ausklang des Jahres 2024 wanderten wir vom GH Stadler zum Stausee, weiter zur Krumpfmühle, zur Humplmühle und zur „Freudi-Alm“. Bei den Zwischenstopps in der Krumpfmühle und der „Freudi-Alm“ wurden wir großzügig bewirtet. Zum Abschluss stärkten wir uns noch im Gasthaus Stadler.



Am 5.2.2025 nahmen wir am Bezirkswintersporttag in Mitterbach teil, wo Aktivitäten wie Wandern, Stockschießen, aber auch Tarockieren zur Auswahl standen.



Einen Höhepunkt der Faschingsaison stellt unser traditioneller Faschingskehr aus am Faschingsdienstag im GH Stadler dar, an dem zahlreiche maskierte Gruppen teilnahmen.



Last but not least: Unsere erste Frühjahrswanderung am 6. März 2025 stand unter dem Motto „Rund um Lasberg“.



Rote Highlights - so bringen wir Österreich wieder auf Kurs

Sozialdemokratische Erfolgsprojekte: Das Regierungsprogramm trägt eine starke sozialdemokratische Handschrift.

Wir haben viele Erfolgsprojekte durchgesetzt, die Österreich wieder auf Kurs bringen. Ob Budget, Teuerung, Wirtschaft, Gesundheit, Bildung oder Integration, Rechtsstaat und Sicherheit – wir packen die großen Herausforderungen an. Und wir haben die richtigen Lösungen, damit die Menschen ein gutes, leistbares und sicheres Leben haben.

Rote Highlights:

Gerechte Budgetsanierung: Banken, Energiekonzerne, Immobilienunternehmen und Privatstiftungen leisten endlich einen Beitrag. Die Bankenabgabe bringt 2025 und 2026 jeweils rund 500 Mio. Euro.

Leistbares Leben: Wir haben einen Mietpreisstopp durchgesetzt. Kategoriemieten, Richtwertmieten und Mieten in ausfinanzierten gemeinnützigen Wohnbauten dürfen heuer nicht mehr erhöht werden (es wären sonst 3 bis 4 Prozent Mieterhöhung gewesen). 2026 dürfen sie max. um 1 Prozent und 2027 um max. 2 Prozent steigen. Auch ungeregelte Mietverhältnisse (z.B. Neubauten, Einfamilienhäuser, Geschäftsräumlichkeiten) werden in Zukunft mit einer Mietpreisbremse reguliert. Für einkommensschwache Haushalte gibt es außerdem einen Energie-Sozialtarif und Energieversorger werden verpflichtet, für leistbare Energie zu sorgen.

Bessere Gesundheitsversorgung: Mit einem österreichweiten Ausbau der Erstversorgungszentren und der Telemedizin sorgen wir für kürzere Wartezeiten und eine bessere Versorgung in Stadt und Land. Mit einer Deckelung der Kosten für verschiedene Medikamente (max. 2 Prozent des Jahresnettoeinkommens) machen wir das Leben leistbarer.

Starke Wirtschaft, mehr Beschäftigung: Mit einem Transformationsfonds machen wir den Standort Österreich zukunftsfit und unterstützen heimische Unternehmen beim Wandel Richtung Klimaneutralität. Mit der Aktion 55Plus (existenzsichernde soziale Arbeit für ältere Langzeitarbeitslose, z.B. Senior*innen-Taxis) und einer Fachkräftestrategie fördern wir die Beschäftigung und starten eine Qualifizierungsoffensive.

Lebenswerte Umwelt: Natürliche Lebensräume werden aktiv geschützt und der Zugang zur Natur wird erleichtert. Unser heimisches Wasser bleibt in öffentlicher Hand und die Trinkwasserversorgung erhält Vorrang gegenüber anderen Nutzungen. Der Kampf gegen die Erderhitzung erhält Priorität und Schutzmaßnahmen vor den Auswirkungen der Klimakrise werden verstärkt.

Bessere Bildung: Wir haben – Stichwort Sprach-

förderung und Integration – ein zweites verpflichtendes Gratis-Kindergartenjahr durchgesetzt. Neben einer Qualitäts- und Ausbauoffensive in den Kindergärten werden auch die Ganztagschulen ausgebaut und es gibt zusätzliches Unterstützungspersonal. In der Erwachsenenbildung werden Möglichkeiten zur Nachholung des Pflichtschulabschlusses langfristig abgesichert.

Integration ab Tag 1: Für Integration ab Tag 1 führen wir ein verpflichtendes Integrationsprogramm (Spracherwerb, Wertevermittlung etc.) mit Sanktionen bei Nichterfüllung ein.

Frauen stärken: Wir haben eine Stärkung von Frauen in allen Lebens- und Berufsbereichen durchgesetzt. Mit der Umsetzung von Lohntransparenz werden wir die Einkommensschere schließen. Mit dem flächendeckenden Ausbau ganztägiger Kinderbetreuung und dem zweiten verpflichtenden Gratis-Kindergartenjahr schaffen wir die Grundlage für Vollzeitarbeit und finanzielle Unabhängigkeit. Durch eigene Frauen-Primärversorgungseinheiten verbessern wir die Gesundheitsversorgung von Frauen. Frauenhygieneartikel und Verhütungsmittel werden durch Steuerbefreiung billiger. Mit einem „Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen“, Gewaltambulanz in allen Bundesländern und strengeren Maßnahmen gegen Hochrisiko-Gewalttäter erhöhen wir die Sicherheit von Frauen.

Kinderrechte stärken: Mit der Kindergrundsicherung stärken wir die Kinderrechte und bekämpfen die Kinderarmut. Die Kindergrundsicherung umfasst u.a. kostenlose gesunde Mahlzeiten in Bildungseinrichtungen und eine bessere Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche. Außerdem werden bestehende Transferleistungen weiterentwickelt. Kinder werden als eigenständige Zielgruppe aus der Sozialhilfe herausgelöst und über eine bundesweit harmonisierte einkommensabhängige Leistung abgesichert.

Radikalisierung bekämpfen: Stärkere Regulierung von Online-Plattformen wie z.B. TikTok, um Extremismus den Nährboden zu entziehen.

Demokratie und Medien stärken: Mit dem „Meine-Zeitung-Abo“ für junge Menschen stärken wir den Journalismus, Qualitätsmedien und die Medienbildung. Und wir sagen Fake News den Kampf an – ein wichtiger Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.

Rechtsstaat und unabhängige Justiz stärken: Die SPÖ hat mehr als 20 Jahre dafür gekämpft, jetzt haben wir eine politisch unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft an der Spitze der Weisungskette durchgesetzt. Die Bundesstaatsanwaltschaft wird als Kollegialorgan eingerichtet. Auf Vorschlag einer Expertenkommission aus Justiz, Wissenschaft, Verwaltung und Praxis wird sie durch das Parlament bestellt.

Rote Highlights - die SPÖ in der Regierung: das Team



**Vizekanzler,
Bundesminister für Wohnen,
Kunst, Medien und Sport**



**Staatssekretärin im Bundesministerium für Wohnen,
Kunst, Kultur, Medien und Sport**



**Bundesministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz**



Bundesminister für Finanzen



**Staatssekretärin im BM für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz**



**Bundesminister für Verkehr,
Innovation und Technologie**



**Bundesministerin für Frauen,
Wissenschaft und Forschung**



Bundesministerin für Justiz



Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres

Zu weiteren Details über die Schwerpunkte der Arbeit unseres Regierungsteams, den konkreten Zuständigkeiten und den bisherigen Lebensweg und bisherigen beruflichen Aktivitäten siehe auch <https://www.spoe.at/fuer-eoesterreich/spoe-regierungsteam/>



Gemeinden in finanzieller Not - Land muss endlich handeln

Foto: AdobeStock

Die SPÖ OÖ warnt vor der finanziellen Schieflage der Städte und Gemeinden. Immer mehr Kommunen rutschen in den Härteausgleich – faktisch ein Konkurs auf Raten. Der Grund: hohe Pflichtzahlungen ans Land, während den Gemeinden immer weniger Geld für ihre Aufgaben bleibt.

SYSTEM STELZER TREIBT STÄDTE UND GEMEINDEN IN FINANZIELLE NOT

SPÖ OÖ-Vorsitzender Alois Stöger sieht die Verantwortung klar bei der ÖVP-FPÖ-Koalition im OÖ-Landhaus: „Das System an Pflichtzahlungen von Landesfinanzreferent Stelzer führt dazu, dass immer mehr Gemeinden ihre Ausgaben nicht mehr stemmen können. Diese hohen Pflichtzahlungen ans Land (Landesumlage, Krankenanstaltenbeitrag, Sozialhilfebeiträge) nehmen den finanziellen Spielraum. Wenn sich die Rechnung für eine Gemeinde dann gar nicht mehr ausgeht, bleibt oft nur der Weg zu drastischen Kürzungen.“

KÜRZUNGEN TREFFEN DIE BEVÖLKERUNG

Denn eine finanziell überlastete Gemeinde muss per Gesetz überall dort kürzen, wo keine Pflichtaufgaben erfüllt werden. So kommt es, dass Musik- und Sportvereine weniger Unterstützung bekommen, Schulsanierungen verschoben werden und Feuerwehren länger auf Geld für Geräte warten müssen. „Kürzungen treffen die Bevölkerung immer direkt – über das Orts- und Vereinsleben, über zurückgestellte Investitionen oder erhöhte Gebühren“, warnt Stöger.

SPÖ OÖ FÜR FAIRE FINANZIELLE ENTLASTUNG DER GEMEINDEN DURCH DAS LAND

Deshalb fordert die SPÖ OÖ dringend Maßnahmen zur Entlastung der Gemeindefinanzen durch das Land OÖ. Ein erster Schritt wäre die Abschaffung der Landesumlage, ein weiterer die Reduktion des Krankenanstaltenbeitrags. Stöger betont: „Oberösterreich verlangt im Bundesländer-Vergleich die höchsten Pflichtzahlungen von seinen Gemeinden. Das ist unfair und muss geändert werden!“

FÜR LÖSUNG JEDERZEIT GESPRÄCHSBEREIT

„Wir können jederzeit mit Finanzreferent Stelzer über Lösungen reden. Wenn jetzt eine Einigung auf eine Bundesregierung möglich war, muss im Land auch eine faire Lösung für unsere Städte und Gemeinden machbar sein.“

Tipp

WWW.OFFENERHAUSHALT.AT

Hier findet sich eine gut erklärte und detailliert aufbereitete Darstellung der Gemeindefinanzen von mehr als 1.500 Städten und Gemeinden.